



Aktuelles aus den Trierer Partnerstädten: Neue Serie der Rathaus Zeitung startet mit Metz in Frankreich.

Seite 6



Trierer Solidarkarte wird bis zum 31. März 2022 verlängert und um weitere Kulturangebote ergänzt.

Seite 7



Termine für Grünschnitt-Abholung durch den A.R.T. können jetzt auch online flexibel gebucht werden.

Seite 8



MIT AMTLICHEM BEKANNTMACHUNGSTEIL

Geimpft wird auch an den Feiertagen

Im Impfzentrum Rheinland-Pfalz Trier wird auch an Karfreitag und Ostermontag geimpft. Es wird von der Stadt Trier und dem Kreis Trier-Saarburg gemeinsam betrieben und ist das größte in Rheinland-Pfalz. In der Woche vor Ostern werden einschließlich Karfreitag nach derzeitigem Stand 5856 Impftermine abgewickelt. Für die Woche nach Ostern, in der auch am Ostermontag gearbeitet wird, wurden rund 8900 Impftermine für Trier vergeben. Impfstoffreste, die an einzelnen Tagen anfallen, werden an Angehörige der jeweils aktuell berechtigten Priorität verimpft, die gerade verfügbar sind. Die Verantwortlichen im Impfzentrum, Florian Zonker (Berufsfeuerwehr) und Erik Jakobs (Kreisverwaltung), betonen: „In Trier wurde noch keine einzige Impfdosis weggeworfen.“

Bis letzten Donnerstag gab es im Messepark 26.561 Impfungen. Die Zahlen spiegeln nicht die kompletten Impfungen in Stadt und Kreis wider: Weitere sind durch mobile Teams des DRK in Alten- und Pflegeheimen sowie die Kliniken in eigener Verantwortung gemacht worden. mic

Wochenmarkt am Donnerstag

Der Trierer Wochenmarkt auf dem Viehmarkt wird in der Osterwoche von Karfreitag auf Donnerstag, 1. April, verlegt. Auch am Dienstag, 30. März, sind die Händler vor Ort. red

Zahl der Woche

65

Grad warm wird das vom A.R.T. gesammelte Grüngut, wenn bei dem natürlichen Rotte-Prozess hochwertiger Kompost entsteht. Der Prozess dauert jeweils sechs bis acht Wochen. (Seite 8)

Lockerungen nach Ostern möglich

Landesregierung startet Modellversuch mit ausgewählten Kommunen / Trier erwägt Bewerbung

Nach der Rücknahme der Osterruhe durch Bundeskanzlerin Angela Merkel appelliert Ministerpräsidentin Malu Dreyer an die Bürgerinnen und Bürger, dennoch über die Feiertage zu Hause zu bleiben. Für die Zeit nach Ostern stellt sie unter strengen Auflagen Lockerungen in einigen Kommunen in Aussicht – auch Trier könnte dazugehören. Ein aktueller Überblick.

„Es bleibt dabei, dass wir eine dritte Welle abwehren müssen, um unsere Krankenhäuser nicht zu überlasten, damit jeder und jede die medizinische Hilfe bekommt, die er oder sie braucht. Folgen Sie deshalb bitte über Ostern dem Appell #WirBleibenZuhause“, bekräftigte die Ministerpräsidentin und betonte im Rückblick auf das digitale Treffen im Kanzleramt: „Das Modell war ein Vorschlag der Kanzlerin und es gab die klare Verabredung, die Rechtssicherheit durch die Bundesministerien des Innern und für Gesundheit sicherzustellen. Das ist nicht gelungen.“

Rheinland-Pfalz werde weiterhin konsequent die Schutzmaßnahmen umsetzen, damit die Infektionszahlen wieder sinken. Über die Landesverordnungen und Allgemeinverfügungen gebe es klare Regeln für die Notbremse in den Städten und Landkreisen bei einer Inzidenz über 100. Ansonsten halte man sich an den Perspektivplan und die bekannten Regeln, so Dreyer.

Die Außengastronomie könne in Kommunen mit einer Inzidenz unter 100 öffnen, die Gäste müssten allerdings einen aktuellen negativen Corona-Test vorweisen. Mit den Kirchen sei die Landesregierung im Gespräch, dass diese an Ostern genauso verantwortungsvoll Gottesdienst feiern könnten, wie sie das zu Weihnachten bewiesen hätten und auf größere Ansammlungen verzichten.

So entschlossen wie bei der Notbremse werde sie beim Rheinland-Pfalz-Modell bleiben, sagte Dreyer:



Stapelweise. Kann Trier am Modellprojekt des Landes teilnehmen, werden die Stühle auf dem Kornmarkt vielleicht bald gebraucht. Foto: Presseamt/pe

Neben dem Impfen sei Testen das zentrale Instrument, um das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen. „Wir werden deshalb in Rheinland-Pfalz nach Ostern einen Modellversuch starten. Wir wollen auf das Prinzip setzen, Anstrengung lohnt sich. Wenn eine Kommune Infektionswerte unter 50 hat und die Kriterien für eine Modellregion erfüllen kann, sind dort wieder mehr Kultur, Sport, Gastronomie und Einzelhandel möglich. Die Voraussetzungen sind schlüssige Test- und Nachverfolgungskon-

zepte, um einzelne Bereiche des öffentlichen Lebens behutsam und sicher öffnen zu können“, informierte die Ministerpräsidentin nach einer Schaltkonferenz mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, bei der die Kriterien für die Modellprojekte gemeinsam definiert wurden.

Teilnehmen können Kommunen, die zum Zeitpunkt der Auswahl in der Sieben-Tage-Inzidenz unter 50 liegen; ab einem Wert von 100 ist die Notbremse zu ziehen. Schnell- und Selbsttests beschaffen die teilneh-

menden Kommunen, möglich ist eine Allianz und finanzielle Beteiligung der Einzelhändler, der Außengastronomie, Theater oder Fitnessstudios.

Voraussetzung ist, dass alle Teststellen für die Bestätigung des Ergebnisses ein einheitliches Dokument nutzen, um Missbrauch zu verhindern. Die Modellkommune muss eng mit dem Gesundheitsamt zusammenarbeiten und mit ihrem Ordnungsamt sicherstellen, dass die Auflagen und die Testpflicht eingehalten werden und dies auch kontrolliert wird. Dreyer äußerte die Hoffnung, mit dem Modellprojekt wieder mehr normales Leben zulassen zu können, ohne auf Sicherheit zu verzichten.

Bereits Vorarbeit geleistet

OB Wolfram Leibe prüft eine Bewerbung für Trier als Modellkommune: „Wenn die Rahmenbedingungen es zulassen und Trier die Bedingungen erfüllt, wollen wir Handel, Wirtschaft und Kulturleben natürlich die nötige Unterstützung als Modellstadt bieten.“ Eine Task Force mit Vertretern aus Verwaltung, Gastronomie und Einzelhandel arbeitet an der Bewerbung. Zudem laufen Gespräche mit der City-Initiative und Vertretern der Gastronomie sowie Hilfsorganisationen darüber, wie die Corona-Schnelltestkapazitäten in City-Nähe und zeitlich auch am Wochenende ausgebaut werden könnten. Die Stadt prüft außerdem, wie die nötigen Testbescheinigungen auch schnell und unkompliziert digital ausgestellt werden könnten.

Was das Testen im Bildungsbereich angeht, kündigte Bildungsministerin Stefanie Hubig an, nach den Ferien einen Selbst-Schnelltest wöchentlich für Schülerinnen und Schüler sowie alle Beschäftigten in Schulen und in Einrichtungen der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. red

Details zu Tests an Schulen und Kindereinrichtungen am 6. April

Frühlingsgruss in zartem Rosa

Immer wieder ein prachtvoller Hingucker ist die in zartem rosa blühende Magnolie im Brunnenhof mit der Porta Nigra im Hintergrund. Sie ist einer von 88.000 Bäumen, die StadtRaum Trier in seinen Beständen führt. Die Zahl wird noch steigen, denn im Zuge der Zusammenlegung von drei Ämtern zu StadtRaum Trier kamen weitere Flächen hinzu. An rund 17 Prozent der Bäume sind jährlich Pflegearbeiten nötig. Bei den Magnolien gibt es über 200 verschiedene Arten, die aus Ostasien oder Amerika stammen. Die Gattung wurde nach dem französischen Botaniker Pierre Magnol (1638–1715) benannt.

Foto: Stadtmuseum

Haushalt 2021 auf dem Weg

Stadtrat gibt bei fünf Gegenstimmen Grünes Licht

Der Stadtrat hat am Montag vergangener Woche mit großer Mehrheit dem von OB Wolfram Leibe eingebrachten Haushalt 2021 zugestimmt. Vorher hatte sich der Verwaltungsausschuss in einer zweitägigen Sitzung im Februar mit dem Zahlenwerk auseinandergesetzt. Es verzeichnet Erträge von rund 437 Millionen Euro, denen Aufwendungen von rund 467 Millionen Euro gegenüberstehen. Das Defizit beträgt daher rund 30 Millionen Euro. Hauptgrund sind wegbrechende Einnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil aus der Einkommensteuer.

Für den Haushalt 2021 sprachen sich 51 der 56 an dem Votum beteiligten Ratsmitglieder aus. Die fünf Gegenstimmen kamen von den Linken

sowie von dem parteilosen Ratsmitglied Dr. Ingrid Moritz. Zu den Großprojekten, die 2021 erstmals kassenwirksam werden, gehört unter anderem der Bau der neuen Hauptfeuerwache auf dem Grundstück des alten Polizeipräsidiums an den Kaiserthermen. Mit den bereitgestellten Geldern wird der Abriss des Polizeigebäudes geplant und umgesetzt. Zur Konzeption des Neubaus gibt es ein Vergabeverfahren mit Wettbewerb. Für die Theatersanierung und den Tufa-Anbau mit Ersatzspielstätte sind im Haushalt insgesamt 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Der Baubeginn an der Tufa ist für Ende 2021 geplant. pe

Weitere Informationen zum Etat 2021 und Auszüge der Haushaltsreden auf Seite 3 bis 5



Meinung der Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den im Stadtrat vertretenen Fraktionen verantwortet, unabhängig von der Meinung des Herausgebers

B 90/Die Grünen-Fraktion
Tel. 0651/718-4080 od. 48834
E-Mail: gruene.im.rat@trier.de

CDU-Fraktion
Tel. 0651/718-4050, 48272
E-Mail: cdu.im.rat@trier.de

SPD-Fraktion
Tel. 0651/718-4060, 42276
E-Mail: spd.im.rat@trier.de

UBT-Fraktion
Tel. 0651/718-4070, 47396
E-Mail: ubt.im.rat@trier.de

Die Linke-Fraktion
Tel. 0651/718-4020
E-Mail: linke.im.rat@trier.de

AfD-Fraktion
Tel. 0651/718-4040
E-Mail: afd.im.rat@trier.de

FDP-Fraktion
Tel. 0651/718-4090
E-Mail: fdp.im.rat@trier.de

Unser „Trier-Plan“



Die Landesregierung hat angekündigt, Modellkommunen mit schlüssigem Test- und Nachverfolgungskonzept behutsame Öffnungen zu ermöglichen. Die SPD möchte diese Chance für Trier nutzen und schlägt einen „Trier-Plan“ vor. Mit einem dichten Netz an Teststationen, einer stadtwweit genutzten App zur Kontaktverfolgung und einem „Trier-Ticket“, das den Testnachweis vorhält, soll die Nutzung von Bildungs-, Sport- und Kulturangeboten, Gastronomie und Einzelhandel möglich sein. Ich habe diesen Vorschlag an den Trierer Oberbürgermeister übergeben und ihm und der gesamten Stadtverwaltung für die bisherige sehr erfolgreiche Arbeit in der Pandemiebekämpfung gedankt.

Der „Trier-Plan“ ist ein Vorschlag, der zu weiteren Ideen animieren und weiterentwickelt werden soll. Für eine breite Möglichkeit der Testung schwebt uns vor, dass drei Buslinien

von Montag bis Samstag als mobile Teststationen durch die Stadtteile touren. Nach vorheriger digitaler oder telefonischer Anmeldung können an den Haltestellen kostenfrei Tests durchgeführt werden. Bei negativem Ergebnis bekommt die Person das „Trier-Ticket“, mit dem für den Tag dann jedes Angebot nutzbar ist, mit Mundschutz, Abstand und Hygiene. In der Innenstadt soll es daneben fünf Teststationen geben (zum Beispiel Viehmarkt, Domfreihof oder Hauptbahnhof), für die keine Anmeldung erforderlich ist. Wir setzen auch auf eine enge wissenschaftliche Begleitung und schlagen diese ebenso vor wie eine stetige Überprüfung der Wirksamkeit. Der „Trier-Plan“ ist auf spd-trier.de abrufbar. Wir wollen sicher, gemeinsam und frei mit Plan wieder mehr Alltag in diesen Zeiten einkehren lassen. Danken möchte ich Ihnen für den Verkauf von Selbsttests anbieten, damit der Kunde auf der Straße mal eben einen Nasenabstrich macht. Beim Nachweis der Testergebnisse setzen wir auf digitale Lösungen, damit die Betriebe nicht noch ein weiteres Formular handschriftlich ausfüllen müssen.

Sven Teuber, MdL, Fraktionsvorsitzender

Digitalisierung entlastet



Um Einzelhändler und das Gastgewerbe in Corona-Krisenzeiten zu unterstützen, stehen der Stadt nur wenige Mittel zur Verfügung. Daher hatten wir Freien Demokraten dem Erlass der Sondernutzungsgebühr bis Ende des Jahres und der Ausweitung der Außengastronomie sofort zugestimmt.

Eine weitere wichtige Maßnahme: geringe Bürokratie und keine Zettelwirtschaft bei der Nachverfolgung der Kontakte. Daher hoffe ich, dass so schnell wie möglich die Luca-App als Hilfsmittel zur digitalen Kontaktnachverfolgung in Trier genutzt werden kann. Das Gesundheitsamt muss an dieses simple, kostengünstige und effektive System angeschlossen werden. Die Bürger und die Besucher unserer Stadt sollten die Möglichkeit haben, in allen Betrieben, städtischen Einrichtungen oder bei Veranstaltungen diese App zu nutzen. Außerdem muss die Teststrategie ausgeweitet und verfeinert werden.

Die Kommune kann Händler, Hoteliers und Gastwirte entlasten, indem sie in der Innenstadt mobile Teststationen mit geschultem Personal anbietet. Es kann nicht sein, dass Mitarbeiter von Gastronomie und Einzelhandel an den Geschäfts- und Restauranteingängen Corona-Schnelltests durchführen müssen oder den Verkauf von Selbsttests anbieten, damit der Kunde auf der Straße mal eben einen Nasenabstrich macht. Beim Nachweis der Testergebnisse setzen wir auf digitale Lösungen, damit die Betriebe nicht noch ein weiteres Formular handschriftlich ausfüllen müssen.

Beim Kampf gegen das Virus helfen nicht Faxgeräte und Papierzettel, sondern digitale Lösungen mittels einfacher Apps und einer breiten Digitalisierung auf allen Ebenen. Das spart Zeit, Geld und Ressourcen, die die Betriebe an anderer Stelle einsetzen können.

Katharina Haßler-Benard, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Plakatflut beenden



Die zurückliegende Landtagswahl hat uns eine bisher noch nie dagewesene Plakatflut beschert. Nahezu jeder Laternenpfahl war mit Werbeträgern der Parteien verziert. Nicht selten hingen zwei oder gar drei Plakate übereinander. Stets gleiche Bilder und Parolen, meist mit wenig Inhalt, in jedem Fall aber nicht zu übersehen: „Wir mit ihr“, „In tiefer Verantwortung“, „Wir machen das“ und „Alle kommen mit“. Inflationäre Wahlwerbung, Masse statt Klasse, oberflächliches Marketing statt politischer Tiefgang. Dass viele Bürger dessen überdrüssig sind, können wir gut verstehen. Aber das ist nicht der einzige Grund, dies kritisch zu sehen. Tausende von Hohlkammer-Plakaten produzieren Unmengen an Plastikmüll und belasten die Umwelt. Anachronistisch in einer Zeit, die zunehmend und mit Recht darauf bedacht ist, Plastik zu vermeiden. Aber auch die ästhetische Komponente ist relevant. Kaum

etwas verhandelt das Stadtbild über Wochen hinweg mehr als diese bunten Schilder. Nicht einmal im Blickfeld von Weltkulturerbestätten bleibt uns ihr aufdringlicher Anblick erspart. Und noch etwas: Warum müssen einem hundertmal die gleichen Gesichter im Großformat entgegen lächeln, wenn man sie doch vom ersten Foto schon kennt? Immer wieder die gleichen Bilder, so als ob es darum ginge, sie förmlich in die Köpfe der Wähler einzubrennen.

Wir meinen: Dieser Unsinn sollte beendet werden. Deshalb werden wir in der kommenden Stadtratssitzung eine Änderung der Wahlwerbungssatzung auf die Tagesordnung setzen. Wie auch in anderen Kommunen wollen wir die Zahl der Plakate begrenzen: 250 Werbeträger pro Partei sind genug. Genug für die Umwelt, genug für unser Stadtbild und die Augen unserer Bürger, aber auch genug an weitgehend überflüssiger Information. Weniger ist manchmal mehr.

AfD-Fraktion

Kultur in Zeiten von Corona



Kein Theater, keine Konzerte, keine Live-Events: Besonders hart betroffen ist die freie Kulturszene mit ihren vielen Soloselbstständigen. In der aktuellen Situation der Corona-Pandemie mit einem wiederum verlängerten Lock-



down bis Mitte April ist die Kultur in besonderer Weise in den Fokus geraten. Dadurch wird uns allen nochmals deutlich, welchen Stellenwert Kultur für das Gemeinwohl hat. Auch im kulturellen Bereich bleibt nach dem Abklingen der Pandemie vieles nicht mehr, wie es war. Daher ist es gut und richtig, dass die städtische und die freie Kulturszene neue digitale Konzepte anbieten, um überhaupt ein bisschen

Normalität zu sichern. Es müssen aber alle Anstrengungen unternommen und kreative Konzepte bereits jetzt auf den Weg gebracht werden, um die Kulturvielfalt in unserer Stadt nach dem Lockdown zu erhalten.

Es ist nicht damit Genüge getan, wie Die Linke es in den jüngsten Haushaltsberatungen forderte, dass Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre kostenfrei das Theater und das Museum nutzen können. Hier gibt es bereits zahlreiche sehr kostengünstige Angebote, die bisher auch rege genutzt wurden. Wir wünschen uns, dass dank der Initiativen und kreativen Ideen der Kulturszene für die Zeit nach dem Lockdown eine Art Aufbruchstimmung folgt und sie wieder zu alter Stärke findet. Die UBT-Fraktion unterstützt gerne jegliche Maßnahmen, die aus städtischer Sicht erforderlich sind.

Christiane Probst, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Biomüll – da geht noch was!



Seit Anfang 2018 wird der Biomüll in Trier vom A.R.T. separat eingesammelt. Dies geschieht nicht wie in den meisten Städten durch die Biotonne, sondern durch Sammelcontainer zu denen der Biomüll gebracht werden muss. Zuerst wollte die A.R.T. ihn nicht separat einsammeln. Wir Grüne hingegen hatten für die Einführung der Biotonne plädiert, weil damit eine optimale Sammelmenge zu erreichen ist. Herausgekommen ist ein Kompromiss: die Biotüte. Nun liegt eine Begleituntersuchung vor, die dieses Modell unter die Lupe nimmt. Die Tüte schneidet nicht so schlecht ab wie befürchtet. Der A.R.T. sammelt im Durchschnitt 19,4 Kilogramm im Jahr pro Einwohnerin und Einwohner. Mit der Biotonne sind es im Bundesdurchschnitt 23 Kilogramm. Allerdings landen in Trier immer noch etwa zwei Drittel des Biomülls im Restabfall der grauen Tonne. Das mag mehrere Gründe haben.

Einer ist bestimmt, dass der durchschnittliche Weg zum nächsten Sammelcontainer 2,3 Kilometer beträgt. Es ist also wichtig, die Container nahe an den Wohnungen der Menschen zu platzieren. Auch darf es in Zukunft kein Neubaugebiet mehr geben, in dem nicht von vornherein eine zentrale und gut erreichbare „Sammelinsel“ für Wertstoff und Biomüll eingeplant wird.

Warum ist das separate Einsammeln von Biomüll so wichtig? Daraus wird Gas und Kompostdünger gewonnen. Biogasanlagen liefern heute bereits Strom für neun Millionen Haushalte und sparen 21 Millionen Tonnen CO₂ ein. Dünger aus Biomüll enthält Phosphor. Das ist ein begrenzter Rohstoff, aber für das Pflanzenwachstum und damit die Landwirtschaft unentbehrlich. Die Ausbringung von Kompostdünger aus Biomüll und Grünschnitt ist ein wichtiger Beitrag zur Einsparung chemischer Düngemittel.

Richard Leuckefeld

Haushalt 2021 mit Perspektive



Der Rat der Stadt Trier hat in seiner jüngsten Sitzung den Haushalt für das Jahr 2021 beschlossen. Angesichts der durch die Pandemie bedingten nicht absehbaren Entwicklung der Ausgabensteigerungen und Einnahmeausfälle wurde kein Doppelhaushalt aufgelegt. Bereits der einjährige Haushalt ist kaum planbar. Hierauf wies der Vorsitzende unserer Fraktion hin: „Wir wissen nicht, wie sich etwa die Realsteuern, wie die Gewerbesteuer, oder wie sich die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer oder der Umsatzsteuer entwickeln wird.“

Der Haushalt ist dennoch alles andere als ein Nothaushalt. Bei Betrachtung des investiven Volumens werden 75 Millionen Euro eingestellt, die sich in unterschiedlicher Höhe auf die Bereiche Schulen und Sport, Straßen, Verkehr, Grünflächen, Jugend, Familie und Gesundheit, Gebäudemanagement sowie Sicherheit und

Ordnung verteilen. Als Leuchttürme werden unter anderem in die Hauptfeuerwehrwache, das Theater, den Theaterersatzbau (Tufa), die Neuanbindung des Aveler Tals, die Sanierung des Freibads Trier-Nord, die Wolfsberghalle und in den HGT Anbau investiert. Ob der Investitionsansatz tatsächlich umgesetzt wird, wissen wir heute nicht. Wir teilen aber den Mut der „kraftvollen Investitionsbereitschaft“ unserer Stadt. Investive Maßnahmen sind immer auch Investitionen in die Zukunft und damit eine wertvolle Kapitalanlage, wenngleich damit auch bilanziell die Abschreibungen steigen.

Angesichts der Pandemie die Hände in den Schoß zu legen, ist das falsche Signal. Der Haushalt 2021 eröffnet Perspektiven für eine gute strukturelle Fortentwicklung unserer Stadt. Perspektive ist das, was wir brauchen.

Jürgen Backes, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Trier braucht mehr städtisches Personal



Trier hat, gemessen am Landesdurchschnitt der zwölf kreisfreien Städte eine unterdurchschnittliche Personalkostenquote. Während die Stadt Koblenz, die immer mal als Vorbild für Trier herangezogen wird, 261 Angestellte pro 10.000 Einwohner hat, haben wir in Trier 224. Da hilft es auch nichts, wenn uns erklärt wird, dass nur vier Prozent der Stellen in Trier nicht besetzt sind. Diese unterdurchschnittliche Personalkostenquote zeigt sich in vielen Bereichen. Bedarfe werden nicht beziehungsweise ungenügend realisiert:

Sie zeigt sich beim mangelnden Personal in der Gebäudewirtschaft für die Projektsteuerung. Zwar wurde uns in den Haushaltsberatungen vom OB gesagt, dass die Stadt 70, eventuell sogar 100 Millionen Euro an Investitionen bereitstellt, aber der eigene Dezernent merkte an, dass er selbst mit diesen Mitteln nicht alle Projekte umsetzen kann.

Sie zeigen sich beim mangelnden Kita-Personal: Ende letzten Jahres wurde seitens der Stadtverwaltung der neue Personalschlüssel für das sogenannte Sozialraumbudget vorgestellt. Grundlage ist das Gute-Kita-Gesetz und dessen Umsetzung in Rheinland-Pfalz. Danach entstehen große Veränderungen bei der Personalisierung der Kitas und Horte in Trier.

Während viele Kitas, wenn auch teilweise nur marginal, personell besser gestellt werden, verlieren auf der anderen Seite auch einige Kitas und Horte deutlich an Personal. So büßt der Verein „Treffpunkt am Weidegraben“ als Träger beispielsweise fast eine ganze Stelle ein. Während bislang fast 4,5 Stellen seitens der Stadt voll finanziert werden, sind es ab 1. Juli nur noch 3,5 Stellen.

Linksfraktion Trier

Haushalt setzt positives Signal in der Krise

Abschließende Beratung im Stadtrat / Finanzielle Folgen der Pandemie prägen Debatte

Wie kann der Haushalt 2021 nach einem Jahr Pandemie positive Signale für die Zukunft setzen? Diese Frage prägte die Debatte im Stadtrat. Wenn die ADD den vom Stadtrat bewilligten Haushalt genehmigt, ist der Weg frei für umfangreiche Investitionen, von denen die Wirtschaft profitiert, aber auch viele Familien.

Von Petra Lohse

Zu den „Leuchtturmprojekten“ gehört der Neubau der Kita St. Adula in Pfalzel für rund 3,7 Millionen Euro. Ein großer Schwerpunkt bei den Investitionen bleiben die Schulen: Neben dem Digitalpakt steht die Instandsetzung und der Ersatzbau für die Egbert-Grundschule auf dem Programm, aber auch die HGT-Erneuerung. Rund 2,5 Millionen Euro sind für die Halle am Mäuscheckerweg vorgesehen. Das Baudezernat setzt unter anderem einen Schwerpunkt bei dem Wohnbauprojekt „Domi“ am Grüneberg.

Kein Grund zur Resignation

Vor der finalen Abstimmung über den Haushalt wies OB Wolfram Leibe darauf hin, dass die Stadt vor dem Corona-Einbruch auf einem guten Weg

gewesen sei: 2018 habe man erstmals seit langem mit einem Plus abgeschlossen und 2019 trotz eines leichten Defizits 19 Millionen Liquiditätskredite abbezahlt. Obwohl durch die Pandemie allein 2021 bei den Gewerbesteuern mit einem Rückgang von etwa zehn Millionen Euro gerechnet wird, sei „Resignation nicht angebracht“. Zwar sei klar, dass nicht alle investiven Mittel von rund 75 Millionen Euro abgearbeitet werden können, es sei aber „ein positives Signal, dass wir in der Krise antizyklisch agieren.“ Leibe: „Zwar kann ich heute nicht sagen, dass im Haushalt 2022/23 alles besser wird, Ihnen aber zusichern, dass wir uns als Verwaltung dieser Diskussion stellen.“

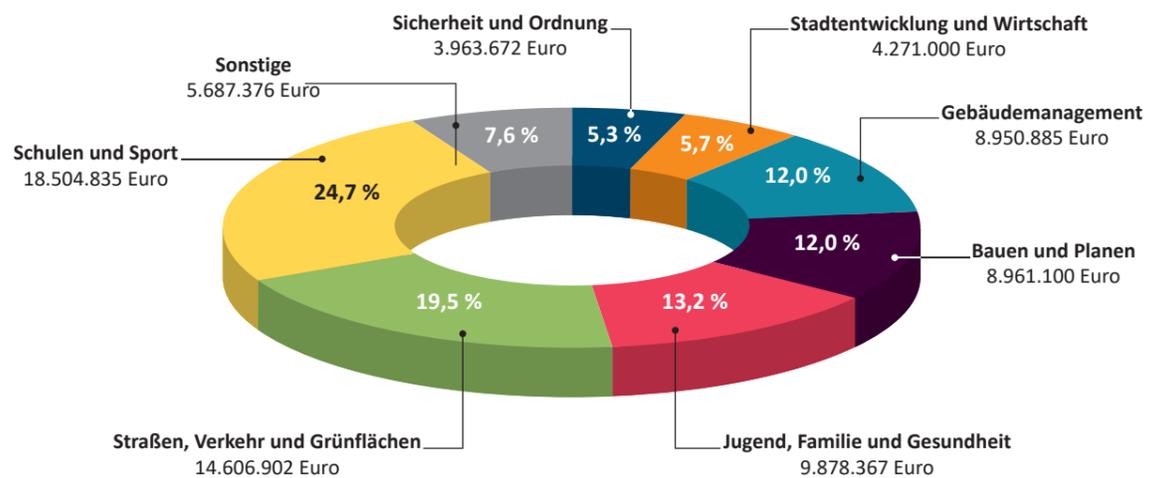
Intensive Diskussion

Anja Reinermann-Matatko, Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Stadtrat, ist „froh, dass es überhaupt vorangeht in der Krise.“ Sie beklagte die mangelnde Finanzausstattung zur Bewältigung der großen Herausforderungen Inklusion, Klimakrise, Mobilitätssektor und Weiterentwicklung der Bildung. Ihre Fraktion stimme dem Haushalt zu – nicht, weil er richtungsweisend sei, sondern notwendig.



Dornröschenschlaf. Auf dem Gelände der Egbert-Grundschule im Gartenfeld sollen in absehbarer Zeit die Bagger anrücken. Das Schulbauprojekt war nach intensiver und kontroverser Debatte beschlossen worden. Archivfoto: PA/pe

Wofür die Stadt Geld ausgeben will



Schwerpunkte. Der größte Einzelbereich bei den Auszahlungen für investive Projekte im Haushalt 2021 ist Schulen und Sport, gefolgt von Straßen, Verkehr und Grünflächen. Im Laufe dieses Jahres können sich noch Veränderungen bei der konkreten Realisierung einzelner Projekte ergeben.

Udo Köhler (CDU) sprach von einem Haushalt, „der sich durchaus sehen lassen kann“ und verwies auf die rund 75 Millionen Euro im investiven Bereich. Zudem zeigte er sich erfreut, dass das Hilfspaket für die von der Pandemie hart betroffenen Branchen Gastronomie und Einzelhandel fortgesetzt wird. Man müsse die Krise auch als Chance nutzen.

SPD-Fraktionschef Sven Teuber verwies unter anderem darauf, dass Trier trotz millionenschwerer Förderungen vom Land von der Pandemie hart getroffen sei. Dennoch sei es gelungen, zum Beispiel Verbesserungen in der Gemeinwesenarbeit zu erreichen. Um einen Weg aus der Krise zu finden, habe die SPD den „Trier-Plan“ vorgelegt, mit dem Ziel Modellstadt bei der Corona-Eindämmung zu werden.

Tobias Schneider (FDP) lobte die Entscheidung, wegen der Unwägbarkeiten der Pandemie statt des geplanten

Doppelhaushalts ein Budget für ein Jahr vorzulegen. Derzeit sei es die Hauptaufgabe der Kommunalpolitik, „die besten Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, um diese Krise gut zu überstehen.“

Die stellvertretende UBT-Fraktionsvorsitzende Christiane Probst verwies auf die massiven Folgen der Pandemie, die sich nicht nur in Steuerausfällen zeigten, sondern auch in einem erheblichen Mehraufwand für den Infektionsschutz. Jetzt sei eine „Konzentration auf das Wesentliche gefordert“, was aber keine Absage an einen politischen Gestaltungswillen sei. Ihre Fraktion stimme trotz der Bedenken wegen der höheren Verschuldung zu.

Für AfD-Fraktionschef Michael Frisch hat die Pandemie die jahrelangen erfolgreichen Bemühungen um eine Konsolidierung der Finanzen mit einem Federstrich zunichte gemacht.

Das Defizit von rund 30 Millionen Euro hänge aber auch mit der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen zusammen.

Linken-Sprecher Marc-Bernhard Gleißner begründete das Nein seiner Fraktion unter anderem damit, dass der Haushalt sozial ungerecht sei und die Bedürfnisse ganzer gesellschaftlicher Gruppen nicht berücksichtige. Die immer wieder geforderte Reduzierung der Schulden liege nicht in der Hand der Städte, sondern in der Verantwortung von Bund und Land.

Das parteilose Ratsmitglied Dr. Ingrid Moritz lehnte den Haushalt ab, unter anderem weil die Einnahmen wahrscheinlich weit hinter den Erwartungen zurückbleiben würden. Für die Ausgaben werde ein wachsender Schuldenberg in Kauf genommen und bei Projekten mit Landesförderung oft der städtische Eigenanteil zu niedrig angesetzt.

Wieder gestalten statt zu reagieren

Auszüge aus der Rede von Dr. Anja Reinermann-Matatko (Grüne)



Dieser Haushalt steht sinnbildlich für das Erleben der Corona-Pandemie: Wir sind froh darüber, dass es überhaupt vorangeht.

Das zentrale Problem an diesem Haushalt wie auch an allen Kommunalhaushalten davor ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Zum zweiten Mal wurde nun per Gericht festgestellt, dass das Land Rheinland-Pfalz den Kommunen zu wenig Finanzmittel zur Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung stellt. Wir dürfen vor Ort die Förderbescheide nicht mehr als gnadenvolles Almosen des Landes feiern, sondern sollten es als selbstverständlich ansehen, dass diese Mittel auch in unsere Stadt fließen.



Dr. Anja Reinermann-Matatko

Es gibt viele zentrale Herausforderungen der kommenden Jahre, die wir leider mit dem aktuell zu beschließenden Haushalt nicht lösen werden – und da hoffen wir auf den nächsten Haushalt:

Klimakrise: Der Weg zu einer CO₂ neutralen Stadt Trier erfordert

ganz neue Strukturen in der Verwaltung, projektbezogenes ämterübergreifendes Arbeiten und die Hinterfragung jedes einzelnen Projekts auf seine CO₂-Neutralität.

Mobilitätssektor: Wir müssen grundsätzlich hin zu einer Umverteilung des Stadtraums.

Inklusion: Eine Koordinierungsstelle für die inklusive Gestaltung unserer Stadt könnte Ämter dabei unterstützen, Planungen so anzupassen, dass wir im Ergebnis eine inklusive Stadt werden, eine Stadt für alle.

Bildung: Unsere Schullandschaft lebt nun seit Jahren von einem weiter so – und unsere Schulgebäude leider auch. Wir müssen vor Ort alle Weichen im Bildungssektor so stellen, dass sich zumindest die nachfolgenden Generationen unabhängig vom Wohlstand der Elternhäuser frei entwickeln können.

Große inhaltliche Aufgaben erfordern auch ein Umdenken auf Verwaltungsebene:

Uns fehlt es an ganz entscheidenden Stellen am Overhead, der koordiniert und Weichen stellt. Aus allen Dezernaten wird der Ruf an die Fraktionen herangetragen, Anträge und Anfragen sollten nur sehr sparsam gestellt werden. Die Verwaltung sei überlastet. Wir sehen die Überlastung im Stadtvorstand, bei dem

letztlich alles zusammenläuft: sowohl die Ratsinitiativen, als auch das übliche operative Geschäft der Verwaltung.

Unser Lösungsansatz: Der Überlastung der Dezernate durch eine Neustrukturierung entgegenwirken. Wir fordern eine Struktur, die die richtungsweisenden Beschlüsse, die dieser Stadtrat gefasst hat – insbesondere den mit breiter Mehrheit gefassten Beschluss zum Klimanotstand – auch umsetzen kann. Wir sehen dies in der bisherigen Struktur nicht gewährleistet. Leider. Aber gerade das Klima macht schnelles Handeln erforderlich.

Wir dürfen als Stadt nicht nur reagieren und verwalten, wir müssen wieder gestalten. Daher erwarten wir im kommenden Haushalt eine deutliche Schwerpunktsetzung hin zu einem nachhaltigen Trier.

Unser Fazit zu diesem Corona-Haushalt: Die Grüne Fraktion stimmt zu, nicht, weil er richtungsweisend ist, sondern weil er notwendig ist.

Für den kommenden Haushalt erwarten wir entscheidende richtungsweisende Schritte, die die Themen in den Vordergrund stellen, zu denen der Rat sich selbst und unsere Verwaltung verpflichtet hat. Wir erwarten, dass wir den Klimaschutz im nächsten Haushaltsentwurf nicht mit der Lupe suchen müssen.

Pandemie erschwert die Finanzplanung

Zielvorgaben für ausgeglichenen Etat ausgesetzt

Wegen der vielfältigen Belastungen und Einnahmeausfälle durch die Corona-Pandemie werden die städtischen Zielvorgaben mit Perspektiven für einen ausgeglichenen Haushalt, die eigentlich für 2021 vorgesehen waren, zunächst ausgesetzt. Das entschied der Stadtrat in einem separaten Beschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen am Montag vergangener Woche. 52 Ratsmitglieder sprachen sich für die Vorlage aus, es gab eine Gegenstimme.

Zur Begründung ihrer Beschlussvorlage hatte die Verwaltung mit Blick auf die Pandemie unter anderem darauf verwiesen, dass sich entgegen der Annahme aus einem Ratsbeschluss vom 9. Juli 2020 im Jahr 2021 noch keine spürbare Normalisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens abzeichnet. „Zudem lassen sich die Pandemiefolgen und deren Auswirkung auf den städtischen Haushalt 2021 sowie auf die Planung der weiteren Haushalts-

jahre zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen und nur schlecht prognostizieren“, heißt es in der Vorlage, der der Stadtrat jetzt zustimmte. Da es nach Einschätzung der Finanzexperten im Rathaus noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse über künftige finanzielle Folgen der Pandemie gibt, soll das überarbeitete Perspektivkonzept für einen ausgeglichenen Haushalt zunächst ausgesetzt werden.

Zwei weitere Entwicklungen spielen bei diesem Vorschlag eine Rolle: Für 2020 erwarten die Statistiker Bevölkerungsrückgang als Folge von 1000 umzugsbedingten Abmeldungen. Diese Entwicklung werde sich in den nächsten Jahren voraussichtlich fortsetzen und wirke sich auf die Landeszuweisungen aus, die jeweils auf der Basis der Bevölkerungszahl berechnet werden. Außerdem stehe nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich 2023 eine vollständige Überarbeitung der Zuweisungen des Landes an.



Von der Pandemie hart getroffen

Auszüge der Haushaltsrede von SPD-Fraktionschef Sven Teuber



Die SPD-Stadtratsfraktion dankt den Triererinnen und

Trieren für den Zusammenhalt im vergangenen Jahr. Gemeinsam haben wir es geschafft, verhältnismäßig gut durch die Krise zu kommen. Dieser Zusammenhalt wird auch in Zukunft wichtig sein. Dabei müssen wir den Blick auch auf all die Richtigen, die nicht unbeschadet durch die Krise gekommen sein werden.



Sven Teuber

Wir haben als SPD einen „Trier-Plan“ entwickelt und dem Oberbürgermeister übergeben. Unser klares Ziel ist, dass sich Trier als Modellkommune bewirbt, um wieder mehr Freiheiten gemeinsam selbstbestimmt und sicher in Sport, Kultur, Gastro und Co. erleben zu können. Wir wollen damit die zurecht eingeforderte Perspektive so vorbereitet wissen, dass Trier direkt dabei ist, wenn es losgeht. Der Plan beinhaltet ein dichtes Netz an Teststationen, unter anderem mit mobilen Busteststationen, eine stadtwweit genutzte Nachverfolgungs-App zur Kontaktverfolgung (zum Beispiel Corona-Warn-App oder Luca) und ein „Trier-Ti-

cket“, das den Testnachweis vorhält. Gemeinsam, sicher, frei, mit Plan vorankommen. Auch im Haushalt.

Trotz der schweren Krise weisen einige Landkreise in Rheinland-Pfalz weiterhin einen deutlichen Überschuss aus. Auf Trier trifft dies nicht zu. Der Haushaltsplan für 2021 zeigt eine Verschuldung von 30 Millionen Euro. Wir waren in den vergangenen Jahren auf einem Kurs der Konsolidierung, aber wir sind durch die Folgen der Pandemie hart getroffen worden – trotz der millionenschweren Förderungen aus Mainz. 2022 werden die jährlichen Schlüsselzuweisungen des Landes um 22 Prozent gegenüber 2019 gesteigert sein. Dieser Anstieg von 72 Millionen Euro pro Jahr in 2019 auf 81 Millionen Euro in 2021 und 87,9 Millionen in 2022 macht rund ein Drittel aller Einnahmen aus. Dafür danken wir dem Land und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die diese Mittel auch einsetzen, um die Folgen dieser Krise schnell wieder abzubauen und den Zusammenhalt zu stärken.

Wir freuen uns sehr, dass wir zum Beispiel die Gemeinwesenarbeit in Mariahof erfolgreich im Haushalt unterbringen konnten. Wir haben hier bereits Erfolge in Ehrang, Trier-Nord und Trier-West gesehen und wissen, wie wichtig Gemeinwesenarbeit ist. Wir konnten erfolgreich einbringen,

die Außengastronomiegebühren 2021 komplett zu streichen. Dies entlastet die angeschlagene, für Trier immens wichtige Gastronomie insgesamt um über 300.000 Euro. Gepaart mit unserem „Trier-Plan“ würde unsere Stadt so sicher, aber auch selbstbestimmt wieder pulsieren.

Hohe Priorität für den Schießgraben

Wir freuen uns, dass wir den Schießgraben in eine hohe Priorität bringen konnten. Der Schießgraben ist uns wichtig, da herausragende Jugend- und Kulturarbeit geleistet wird. Ebenso wie wir auch endlich erreichen konnten, dass die Kita „Unter Gerst“ höchste Priorität bekommt. Insbesondere in den Kitas, in den Schulen, den Vereinen, der Jugendhilfe und Jugendarbeit wird die Grundlage für eine gute Integration, meinungsfreudige, mündige Bürgerinnen und Bürger gelegt. Gelingt diese Arbeit, stärken wir nachhaltig unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Investitionen hier sind also im besten Sinne vorsorgend und nachhaltig. Wir sehen, dass dieser Haushalt die Zukunft positiv gestaltet. Er investiert in Bildung, Soziales, Kultur, Wirtschaft und Bau und ist damit zukunftsgerichtet und unterstützt unsere großen Potenziale von Trier. Die SPD-Fraktion stimmt daher dem Haushalt zu.

75 Millionen Euro in die Zukunft investiert

Stellungnahme von Udo Köhler (CDU)



Der Haushaltsentwurf weist eine Besonderheit

auf: Es handelt sich nicht um einen Doppelhaushalt, weil wir die Corona-bedingte Entwicklung der Ausga-



Udo Köhler

bensteigerung und Einnahmeausfälle nicht fundiert und belastbar vorhersagen können. Wir wissen nicht, wie sich Realsteuern – hier die Gewerbesteuer –, die Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die

privatrechtlichen Entgelte etwa im kulturellen Bereich entwickeln werden und wie sich die Entwicklung der Gebühren darstellt. Wir haben also einen Planungskorridor, der eine verlässliche Finanzplanung ausschließt. In den Haushaltsberatungen war oft von einem „Nothaushalt“ die Rede. Doch angesichts der zu beschließenden Ausgaben von 467.642.516 Euro bei Erträgen von 437.101.580 Euro kann von einem „Nothaushalt“ nicht die Rede sein. Wir investieren rund 75 Millionen Euro und werten damit unser Vermögen und unsere Bilanz auf. Damit erhöhen sich zwar auch die Abschreibungen, aber wir investieren in eine Kapitalanlage für unsere Zukunft: mit 18,5 Millionen für Schulen und Sport, 14 Millionen für Straßen, Verkehr, Grünflächen, zehn Millionen für Jugend, Familie, Gesundheit, neun Millionen für das Gebäudemanagement und vier Millionen für Sicherheit und Ordnung.

Es gibt auch investive „Leuchttürme“: Die Hauptfeuerwache, das Theater, die Interimsspielstätte (Tufa), die Neuanbindung des Aveler Tals, die Sanierung des Freibads Trier-Nord, die Wolfsberghalle und der HGT-Anbau. Selbstverständlich führen wir alle begonnenen Maßnahmen konsequent

fort, so etwa bei den Sporthallen West sowie Feyen, dem Stadtumbau West und dem Digitalpakt Schulen.

Innenstadt im Auge behalten

Ganz besonders wichtig ist uns, dass wir unsere Innenstadt im Auge behalten. Wie trist es in Trier ohne lebendige Innenstadt ist, haben wir jetzt während des Lockdowns sehen müssen. Deshalb sind wir froh, dass wir in Fortführung des Hilfspaketes für Gastronomie und Einzelhandel auch in diesem Jahr die Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie erlassen können. Vielleicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber eine der wenigen Stellschrauben, die wir als Kommune in diesem Bereich haben. Und wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Zuschuss an unsere City-Initiative Trier in diesem Jahr für konkrete Projekte aufgestockt wird, damit die guten Ideen unserer Einzelhändler nicht an der Finanzierung scheitern. Wir möchten betonen, dass wir den Weg der hohen Investitionsbereitschaft in diesem Haushaltsplan unterstützen werden. Doch niemand sollte die Vorstellung haben, dass die geplanten Investitionen von 75 Millionen Euro in diesem (Rest-)Jahr umgesetzt werden können.

Personal ist unser Kapital, eine alte, aber richtige und wichtige Weisheit. Wir haben funktionierendes Personal! Gleichwohl haben wir bei der vorgesehenen Stellenmehrung schlucken müssen. Dies ist immerhin eine Mehrbelastung von rund vier Millionen Euro. Der OB hat uns aber mit der folgenden Aussage überzeugt: „Mit Blick auf die Personalkostenentwicklung wird die Verwaltung als zusätzlicher Stabilisierungsfaktor, bis auf die notwendigen Stellen für die Kita Unter Gerst, keine weiteren Stellenmehrungen im Stellenplan aufnehmen.“

Der Haushaltsplanentwurf gibt Perspektiven für eine gute strukturelle Fortentwicklung unserer Stadt.

Fokus aufs Wesentliche

Christiane Probst (UBT) zum Etat 2021



Seit der allerersten bestätigten Corona-

Infektion in Trier am 11. März 2020 ist mittlerweile ein Jahr vergangen. Wer hätte zu diesem Zeitpunkt gedacht, welche Folgen diese Pandemie haben würde. Daher möchte ich meine heutige Haushaltsrede unter dem Leitsatz „Schlimmer geht (n)immer“ zusammenfassen:



Christiane Probst

Die fatalen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Handel, insbesondere durch die Lockdowns, aber auch die seitens der Stadt Trier ergriffenen

Maßnahmen spiegeln sich nun leider wider: Schließung des Einzelhandels und der Gastronomie, erheblicher Mehraufwand wegen Infektionsschutz zum Wohle eines jeden Einzelnen, ausgebliebene Steuereinnahmen (Gewerbe- und Einkommensteueranteile), Verzicht auf Sondernutzungsgebühren, weggefallene Kitabetreuung, Einnahmeausfälle bei den Kultureinrichtungen der Stadt, den Tourismusabgaben usw. Normalerweise ist es üblich, sich am Ende der Rede zu bedanken. Das möchte ich aber ganz bewusst an dieser Stelle und am Anfang tun. Vielen Dank an den Stadtvorstand für die Bewältigung des Krisenmanagements und dass trotz dieser Krise kein Stillstand in der Stadtentwicklung entstanden ist. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung: Sie haben unter verschärften Bedingungen während der andauernden Pandemie Herausragendes geleistet.

Die UBT-Fraktion hat auf eigene Anträge bewusst verzichtet. Wir wollten uns 2021 auf das Wesentliche konzentrieren, das heißt auf die Fortsetzung bereits begonnener Maßnahmen und

auf die Umsetzung bereits beschlossener und mit terminierten Zuschüssen finanzierter Projekte sowie einige sogenannte unabwiesbare Maßnahmen. Das ist keine Absage an einen politischen Gestaltungswillen.

■ Dezentrat I: Wichtigstes Anliegen ist unserer Ansicht nach, dass bei allen Stellenausweitungen die „Rentierlichkeit“ gewährleistet. Auch wenn OB Leibe immer wieder betont, dass wir keine „Überbesetzung haben“, müssen wir das leider immer wieder hinterfragen.

■ Dezentrat II: Um den Digitalpakt umzusetzen, ist es unbedingt erforderlich, dass die beschlossenen Infrastrukturmaßnahmen auch innerhalb der gebotenen Zeit umgesetzt werden. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Die Corona-Pandemie darf nicht dazu führen, dass es ein verlorenes Jahr ist.

■ Dezentrat III: Die Sanierung des Theaters und der vorher erforderliche Neubau an der Tufa sowie der Neubau der Feuerwache genießen ebenfalls unsere oberste Priorität. Ebenso müssen wir mit den uns möglichen Maßnahmen Sorge tragen, dass wir die Innenstadt attraktiver gestalten und den Einzelhandel, die Hotellerie und die Gastronomie stärken.

■ Dezentrat IV: Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden und die Prioritätenliste abgearbeitet werden, damit keine Zuschüsse verloren gehen (Stadtumbau Trier-West) und ein hoher Realisierungsgrad erreicht wird.

Ich war überrascht, dass die größte Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, sich darauf besonnen hat, die Verwaltung ihren Job machen zu lassen. Eine ähnliche Einsicht hätte ich mir auch von den anderen Fraktionen gewünscht. Sie hätten der Verwaltung und uns viel Arbeit, Zeit und Geld gespart. Die UBT-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf zu, trotz Bedenken hinsichtlich der Realisierbarkeit und einer noch höheren Verschuldung der Stadt Trier.

Haushaltsreden zum Nachlesen

Als zusätzlichen Service bei der Berichterstattung zum städtischen Haushalt 2021 präsentiert die Rathaus Zeitung in dieser Ausgabe auf drei Seiten Auszüge der Reden der sieben im Trierer Stadtrat vertretenen Fraktionen sowie des parteilosen Ratsmitglieds. Weitere Hintergrundinformationen rund um den Haushalt 2021 im städtischen Ratsinformationssystem auf www.trier.de. red

Kein Nothaushalt

Auszüge der Rede von FDP-Fraktionschef Tobias Schneider



Rund 30 Millionen Euro

erwartetes Defizit sind nach den ohnehin bereits niederschmetternden Zahlen aus dem vergangenen Jahr sicher nichts worüber, wir uns als politisch Verantwortliche freuen können. Jeder Euro an Defizit erhöht den Schuldenberg der Stadt und engt den Handlungsspielraum für die Zukunft immer weiter ein. Daher waren wir als FDP-Fraktion sehr froh, dass es in den Jahren vor der Pandemie gelungen war, die jährliche Neuverschuldung immer weiter zu reduzieren. Die Pandemie hat diese Entwicklung nun aber zunächst



Tobias Schneider

auf unbestimmte Zeit gestoppt. Die Verschuldung steigt und solide Planungen sind nahezu unmöglich, da die anlaufende dritte Welle sowie das Chaos beim Krisenmanagement der Bundesregierung immer neue und länger andauernde Einschränkungen mit sich bringen, deren haushalterische Auswirkungen nur schwer vorhersehbar sind. Vor die-

sem Hintergrund möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihrem Team in der Kämmerei, aber auch bei der gesamten Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit unter sehr schwierigen Bedingungen bedanken. Sie arbeiten immer sehr transparent mit dem Stadtrat zusammen und es ist aufgrund der Unwägbarkeiten definitiv die richtige Entscheidung heute lediglich einen Einjahres-Haushalt zu beschließen und abzuwarten, um hoffentlich Ende des Jahres wieder mit den gewohnten Doppelhaushalten weitermachen zu können.

Chance für einen Neustart

Dennoch handelt es sich nicht um einen „Nothaushalt“, wie es einige zuletzt bezeichnet haben. Weder gibt es einen Ausgabenstopp, noch sonstige Zwangsmaßnahmen. Das ist richtig so. Denn gerade in der Krise muss der Staat – oder in unserem Fall die Stadt – für ihre Bürger da sein. Wir müssen die besten Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger schaffen, um diese Krise gut zu überstehen. Wir wollen, dass Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft nach der Pandemie eine echte Chance für einen Neustart bekommen und gut gerüstet sind für die

Zukunft nach Corona. Gleichzeitig darf uns dieses Ziel aber auch nicht zur Maßlosigkeit verleiten. Wir befinden uns in einer Krise und das heißt, wir müssen die nice-to-haves zunächst einmal hinten anstellen.

Tendenz zur Sorglosigkeit

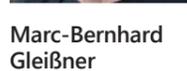
Zum Schluss möchte ich einen Punkt ansprechen, der vor allem uns Stadtratsmitglieder betrifft. Es gibt eine bedenkliche Tendenz zur Sorglosigkeit in Bezug auf Haushaltsfragen, wenn es bestimmte Themen betrifft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit der Blankoschecks muss vorbei sein, wir müssen uns auf das Machbare, auf die Must-haves konzentrieren.

Wir haben in der Vergangenheit ja auch häufiger Haushalte abgelehnt. Und auch aktuell haben wir einige Bauchschmerzen bezüglich der finanziellen Entwicklung unserer Stadt. Dennoch werden wir heute diesem Haushalt zustimmen, weil es für uns nicht in Frage kommt, dass wir uns in einer solchen Situation aus der Verantwortung stehlen. Wir stimmen zu in der Erwartung, dass wir uns nach dem hoffentlich baldigen Ende der Pandemie wieder auf die Zukunftsthemen Digitalisierung, Wohnen und Mobilität konzentrieren können.

Visionslos und unsozial

Linken-Fraktionschef zum Haushalt 2021

DIE LINKE. Für die Linksfraktion sind Haushaltsberatungen eine schizophrene Situation: Wir wollen das höchste demokratische Recht unseres Gremiums nutzen und ausschöpfen und gleichzeitig müssen dies in einem System, das so bürokratisch und unsozial ist, dass man gar keinen Haushalt aufstellen kann, der der Bedürfnislage der Triererinnen, Trierer und der Stadt entspricht.



Marc-Bernhard Gleißner

Wir stoßen ständig an die Grenzen des Machbaren, ob es nun daran liegt, dass Bund und Land uns strukturell unterversorgen oder aber, was wir noch viel bedenklicher finden, dass das freie Mandat von 56 ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten durch die ADD eingeschränkt wird, indem sie Streichungen nach Haushaltsverabschiedung im freiwilligen Bereich vorgeben darf.

Wir haben uns deswegen klar für eine schizophrene Strategie entschieden: Wir haben uns in die Haushaltsberatungen in aller Intensivität eingebracht, versucht, neue Einnahmequellen zu generieren und haben aufgezeigt, wo sozial- und kulturpolitisch für uns Handlungsbedarf besteht. Die Linksfraktion

1. setzte in den Haushaltsberatungen auf die Aufstockung des Personals: Trier hat gemessen am Landesdurchschnitt der zwölf kreisfreien Städte eine unterdurchschnittliche Personalkostenquote. Sie zeigt sich in vielen Bereichen wie zum Beispiel beim mangelnden Kita-Personal, beim Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes, beim Personalmangel im Bereich Jugend- und Jugendsozial-

arbeit und beim mangelnden Personal in der Gebäudewirtschaft für die Projektsteuerung.

2. Forderte, dass Schulesen für alle kostenlos sein soll, damit finanzschwache Familien nicht zu Bittstellern herabgewürdigt werden und Inklusion hergestellt wird. Unser Antrag fand keine Mehrheit. Sich im sozialpolitischen Bereich auf den Status Quo zu berufen, verdrängt die Bedürfnisse ganzer gesellschaftlicher Schichten.

3. Brachte einen Aktionsplan Kultur in die Haushaltsberatungen ein. Für Kinder und Jugendliche sollte der Eintritt ins Theater und Stadtmuseum kostenlos sein, um erstens Inklusion zu ermöglichen, zweitens neue Zielgruppen zu gewinnen und drittens ein Bewusstsein schaffen, dass Corona einen Wandel unserer Umgangsformen mit sich bringen wird.

Die Mehrheiten für Anträge ergaben sich schizophren: Während unsere Anträge inhaltlich Zustimmung fanden, warf man ihnen vor, dass wir sie nicht gegenfinanzieren können. Hingegen fanden andere Anträge eine Mehrheit ohne Gegenfinanzierung.

Zusammengefasst: Während die Linksfraktion versuchte, eine wertorientierte Politik, die sich an Inklusion, Lebensqualität und einer handlungsfähigen Kommune orientiert, zu realisieren, wurden ihre Vorschläge mit dem drohenden Gespenst der Kommunalaufsicht abgelehnt, die uns diese Stellen nicht genehmigen wolle.

Eine Entschuldung liegt nicht in unserer Macht, sondern in der von Bund und Land. Hier für den politischen Druck und Willen zu sorgen, aus dieser Abhängigkeit herauszukommen und einen bedarfsgerechten Haushalt aufzustellen, muss höchste Priorität haben. Aus diesen Gründen lehnen wir den Haushalt ab.

Marc-Bernhard Gleißner, Vorsitzender Linksfraktion

Bürger zahlen für falsche Politik

Auszüge der Haushaltsrede von AfD-Sprecher Michael Frisch



Als ich im Jahr 2018 in meiner Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2020/21 unseren Oberbürgermeister mit der antiken Figur des Sisyphus verglich, konnte ich nicht ahnen, wie schnell dieses Bild von der Realität eingeholt wird. Wir waren auf einem guten Weg bis 2020. Doch dann machte Corona mit einem Federstrich die jahrelangen und durchaus erfolgreichen Bemühungen des Stadtvorstands um eine Konsolidierung der städtischen Finanzen zunichte. Jetzt liegt der Felsblock wieder weit unten im Tal und der Kraftakt muss von neuem beginnen.



Michael Frisch

Steuereinnahmen in Rekordhöhe sind vorerst Geschichte. Im Gegenteil: Es ist mit einem Einbruch zu rechnen. Insbesondere die zu erwartenden Steigerungen der Arbeitslosenzahl und bei den Ausgaben für das Kurzarbeitergeld werden hier zu Buche schlagen. Auch die Gewerbesteuer dürfte rückläufig sein. Inwieweit die Ausfälle wiederum von Land und Bund ausgeglichen werden, ist noch

offen. Dem stehen erhebliche Corona-bedingte Mehrkosten entgegen, sodass unter dem Strich mit einem Defizit von 30 Millionen Euro im Ergebnishaushalt zu rechnen ist. Aber dieses Defizit ist nicht allein der Pandemie geschuldet. Es ist vielmehr auch Ausdruck einer nach wie vor unzureichenden Kommunalfinanzierung seitens des Landes. Der aktuell praktizierte kommunale Finanzausgleich ist nach einem Urteil des Landesverfassungsgerichts verfassungswidrig und muss innerhalb von zwei Jahren neu geregelt werden. Allerdings wird dieses Urteil frühestens in zwei Jahren greifen. Bis dahin ist eine weitere Neuverschuldung zu befürchten.

Mehrbelastung wird abgelehnt

Und deshalb drängt der Rechnungshof auf Steuererhöhungen. Nachdem im Jahr 2019 der Hebesatz für die Grundsteuer B bereits von 450 auf 480 Prozent angehoben worden ist, verlangt man eine weitere deutliche Steigerung auf bis zu 995 Prozent. Hier droht unseren Bürgern erhebliches Ungemach. Wieder einmal sollen sie für eine falsche Politik von Bund und Land bezahlen. Und das trifft gerade auch die kleinen Leute. Denn durch steigende Grundsteuern würden nicht nur Haus- und Woh-

Schlüsselprojekt für den Trierer Westen



Für die schon seit Juli 2020 laufende Großbaustelle zur Erneuerung des westlichen Römerbrückenkopfs sind im Haushalt 2021 rund 1,3 Millionen Euro eingeplant. Dort entsteht unter anderem ein neuer Kreisverkehr. Das Großprojekt umfasst auch den Ausbau der Zufahrten zu dem Knotenpunkt aus Richtung Eurenener, Aachener und Luxemburger Straße, die Erneuerung der Gehwege und Fußgängerquerungen, der Straßenbeleuchtung, der Bushaltestellen und der Stützmauer der Bahnrampe zur Eurenener Straße sowie die Verlegung neuer Wasser- und Gasleitungen. Es spielt eine zentrale Rolle beim Stadttumbau West, der auch Investitionen für die neue Verbindungsstraße sowie die Aufwertung der Stadtteilmitte umfasst. Außerdem sind im Haushalt 2021 Gelder zur Weiterführung des Projekts Soziale Stadt Trier-West vorgesehen sowie zur Umgestaltung des Wohnumfelds im Trierweilerweg.

Foto: Presseamt/jop

Wie geht es weiter?

Nachdem der Stadtrat dem Haushalt zugestimmt hat, geht er an die ADD. Erst wenn er dort genehmigt und als Satzung bekannt gemacht ist, tritt der Haushalt in Kraft.

Haushalt 2021 mit Neuverschuldung

Statement von Dr. Ingrid Moritz (parteilos)

Ich möchte darauf hinweisen, dass in dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2021 konkreten Ausgaben lediglich unsichere Einnahmen gegenüberstehen. Die zuletzt sinkende Einwohnerzahl und die vermutlich deutlich sinkenden Steuereinnahmen infolge der Coronakrise werden auf der Einnahmenseite deutlich zu Buche schlagen. Aber auch durch die Folgen der noch lange nicht beendeten und weiterhin zu bewältigenden Krise werden die Einnahmen weiterhin nicht planbar sein.

Wirtschaftsweise auf Pump



Dr. Ingrid Moritz

Investition in die Zukunft unserer Stadt seien. Die Zukunft der Stadt soll mit einem wachsenden Schuldenberg gesichert werden. Der Bevölkerung wird suggeriert, dass diese geplanten Ausgaben alternativlos seien.

Im Ergebnis wird es auf eine deutliche Zunahme der Verschuldung der Stadt Trier hinauslaufen. Selbstverständlich darf dabei die Forderung nicht fehlen, das Land solle gefälligst

mehr Geld zur Verfügung stellen und damit die Stadt besser finanziell ausstatten. Diese bessere finanzielle Ausstattung kommt aber wieder vom Steuerzahler, der bei dieser Wirtschaftsweise auf Pump, erhebliche Abgabensteigerungen in der Zukunft zu erwarten haben wird.

Eigenanteile erforderlich

Bei einer besseren finanziellen Ausstattung der Stadt würde sicher noch mehr Geld ausgegeben werden und die Schulden der Stadt würden somit weiter anwachsen. Auch die Ansprüche der Parteien nach ständig neuen Projekten würden entsprechend zunehmen. Alle Projekte, die vom Land bezuschusst werden, würden dann selbstverständlich auch umgesetzt werden müssen, da man auf diese Zuschüsse ja nicht verzichten möchte.

Dabei wird gerne außer Acht gelassen, dass jeder Zuschuss vom Land auch einen Eigenanteil der Stadt voraussetzt. Auch die Folgekosten für diese bezuschussten Projekte werden dabei völlig ausgeblendet. Diesen Haushalt kann man mit Spielsüchtigen vergleichen, die vor einem Kasino stehen, kein Geld in der Tasche haben und auf Kredit und eine Glückssträhne beim nächsten Spiel hoffen. Ich kann diesem Haushalt nicht zustimmen.

Fotos Haushaltsreden auf den Seiten 3 bis 5: Fraktionen und privat

BAUSTELLE

Das private Bauprojekt an der Ecke **Südallee und Saarstraße** führt seit dieser Woche zu weiteren Verkehrseinschränkungen. Vor dem Hotel Deutscher Hof in der Südallee wird ein Baugerüst und später noch ein Kran aufgestellt, wodurch in diesem Abschnitt ein Fahrstreifen wegfällt. Diese Einschränkung gilt voraussichtlich bis Ende Mai. Während des Aufbaus des Gerüsts ist dieser Abschnitt auch für Fußgänger gesperrt. Sie können stattdessen zwischen den Einmündungen Neu- und Hindenburgstraße den Fußweg durch den Alleenring-Park benutzen. Darüber hinaus bleibt die Sperrung eines Fahrstreifens in der Saarstraße zur Andienung der Baustelle weiterhin bestehen.

Lichtausstellung in der Kunstakademie

Unter dem Motto „Geschlossene Gesellschaft“ zeigt die Europäische Kunstakademie bis zum 25. April eine Ausstellung mit Arbeiten von Andrea Stahl. Zwischen 19 und 22 Uhr abends sind die Glasfronten der Kunsthalle in dem früheren Schlachthof in der Aachener Straße jeweils hell erleuchtet und zeigen raumbezogene Lichtarbeiten sowie Video- und Kamerainstallationen. Die Ausstellung thematisiert nicht nur die aktuelle Corona-Situation, sondern auch die zunehmende Isolation und Abgrenzung in der Gesellschaft. Weitere Informationen zur Ausstellung gibt es im Internet unter der Adresse www.eka-trier.de.

Kulturstadt im Nachbarland

Neue Serie der Rathaus Zeitung präsentiert Aktuelles aus den Partnerstädten / Start mit Metz

Mit neun Städten in der Welt ist Trier durch Partnerschaften in besonderer Weise verbunden. Geografisch reichen die Städtepartnerschaften von China über Großbritannien bis in die USA. In einer neuen Serie stellt die Rathaus Zeitung in der nächsten Zeit aktuelle Themen aus den Städten vor. Los geht es im ersten Teil mit Metz in Frankreich.

Von Michael Sohn



Die Partnerstadt Metz in der Region Grand Est im Nordosten Frankreichs bietet kulturell verschiedenste Facetten und Einflüsse. Von der gotischen Kathedrale Saint-Etienne, wegen der 6500 Quadratmeter Kirchenfenster auch als Laterne Gottes bezeichnet, über den italienisch inspirierten Place Saint Louis, das Museum Centre Pompidou-Metz bis zum Hauptbahnhof aus wilhelminischer Zeit, der kürzlich zum dritten Mal in Folge zu Frankreichs schönstem Bahnhof gewählt wurde. Auf dieser Grundlage bewirbt sich die Stadt nun um den Titel als „Französische Kulturhauptstadt 2022“ und hat es bis in die Endausscheidung geschafft.

Zu bewertende Kriterien sind etwa die Förderung von Kreativität vor Ort, der Erhalt des kulturellen Erbes sowie die Einbindung lokaler Künstlerinnen und Künstler in das Projekt. Auch regionale und grenzüberschreitende Netzwerke finden Berücksichtigung, sodass sich der Metzger Bürgermeister François Grosdidier sehr über einen



Sonniger Treffpunkt. Der Place Saint Louis in Metz, der zum Kaffeetrinken und Verweilen einlädt, besticht vor allem durch sein südländisches Flair.
Foto: Philippe Gisselbrecht/Ville de Metz

offiziellen Unterstützungsbrief aus der Partnerstadt Trier gefreut hat.

Die von der französischen Kulturministerin Roselyne Bachelot eingesetzte Jury nahm neun der insgesamt 29 Bewerbungen in die engere Auswahl. Die Entscheidung soll in diesen Tagen in Paris fallen. Zu gewinnen gibt es für die Stadt Metz neben einigem Prestige auch eine beträchtliche Förder-

summe: eine Million Euro, finanziert durch das französische Kulturministerium sowie das staatliche Finanzinstitut „Caisse des Dépôts“.

Kulturelle Akzente setzen

Triers Oberbürgermeister Wolfram Leibe betont: „Metz als ‚Französische Kulturhauptstadt 2022‘ würde weit

über die Stadt- und Landesgrenzen hinausstrahlen. Es wäre mir eine Freude, wenn unsere Städtepartnerschaft zwischen Trier und Metz diesbezüglich kulturelle Akzente im Sinne der Völkerverständigung setzen könnte.“ Trier, älteste Stadt Deutschlands und achtfacher Standort von Unesco-Welterbestätten, biete hier zweifellos ein beachtliches Potenzial, so der OB.

Seniorenbüro bleibt geschlossen

Wegen der Corona-Beschränkungen bleibt das Seniorenbüro im Haus Franziskus weiterhin für Besucherinnen und Besucher geschlossen. Geplante Vor-Ort-Veranstaltungen, darunter der Spaziergang mit Gymnastikstopp, können nicht stattfinden. Das Programm mit Online-Veranstaltungen, das das Seniorenbüro ausgebaut hat, findet wie geplant statt. Die Ankündigungen werden regelmäßig in der Rathaus Zeitung veröffentlicht. red

Belastungen durch die Pflege abfangen

Die Projektreihe „Das Leben ist ein langer Fluss“ des Trierer Seniorenbüros wird am Montag, 12. April, 14.30 Uhr, mit einer Online-Veranstaltung fortgesetzt. Wenn ein nahestehender Mensch erkrankt, alt oder pflegebedürftig wird, ist es für Angehörige meist selbstverständlich, ihm zu helfen. Dabei können aber leicht Anforderungen und Belastungen für die eigene Gesundheit unterschätzt werden. Um damit besser zurecht zu kommen, wird in der Reihe des Seniorenbüros über Entlastungsmöglichkeiten gesprochen. Interessierte können sich unter der Telefonnummer 0651/75566 sowie per Mail (allgemein@seniorenbuero-trier.de) anmelden und erhalten einen Link für den Zugang. red

Online-Angebote für Kinder

Wegen der großen Nachfrage bietet das Stadtmuseum Simeonstift weitere Online-Formate für Kinder an:

■ Eine neue Reihe des beliebten Suchspiels Museumsdetektive für Kinder ab fünf Jahren startet am 16. April: In vier Terminen (16., 23. und 30. April sowie 7. Mai) führt Kursleiterin Hanna Verena Knopp mittels der Plattform Jitsi Meet durch die Ausstellung und begibt sich auf Spurensuche zum Thema Religionsgemeinschaften. Die Kinder lernen spielerisch Exponate des Museums kennen und erhalten kleine Anleitungen und Material zum Basteln zuhause. Parallel werden die Folgen aufgezeichnet und über Youtube veröffentlicht, wo sie zeitlich flexibel angeschaut werden können.

■ Ab 28. April findet der Kreativkurs Zeichenkünstler für Kinder ab acht Jahren über Jitsi Meet statt: Im Format der Videokonferenz lernen die Kinder zu Hause Tricks und Kniffe für richtig gutes Zeichnen und Malen. Die Online-Termine finden statt am 28. April sowie 5. und 12. Mai jeweils ab 16 Uhr. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten einen Link per Mail. Ein paralleler Kurs findet am 30. April sowie 7. und 14. Mai statt, ebenfalls ab 16 Uhr. Das Thema des Kurses ist „(Unterwasser-) Landschaft“.

■ Für die kleineren Besucherinnen und Besucher ab drei Jahren bietet der Kurs „Kunterbunt“ Ideen für erste kreative Gehversuche zuhause: Die Videos mit einfachen Bastelideen werden bei Youtube zu finden sein. Eltern und Kinder vermitteln sie auf spielerische Weise die Themen im Museum. Der Kurs zum Thema „Autos und Fahrzeuge“ findet ab 16. April vier Wochen lang immer freitags als Youtube-Kurs statt (16. und 30. April sowie 4. und 7. Mai). Weitere Informationen und Anmeldung zu allen Kursen unter 0651/718-1452 oder per E-Mail an museums-paedagogik@trier.de. red

TRIER Amtliche Bekanntmachungen

Amtliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses der Wahl zum 18. Landtag Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 im Wahlkreis 24 –Trier/Schweich –
Der Kreiswahlausschuss des Wahlkreises 24 – Trier/Schweich - hat in seiner Sitzung am 18. März 2021 das Wahlergebnis im Wahlkreis wie folgt festgestellt, das hiermit gem. § 53 des Landeswahlgesetzes (LWahlG) i.V.m. § 67 Abs. 1 Nr. 1 der Landeswahlordnung (LWO) öffentlich bekannt gemacht wird:

Zahl der	
A) Wahlberechtigten (Stimmberechtigten)	65.632
B) Wähler	45.198 = 68,9 %
C) ungültigen Wahlkreisstimmen	1.013 = 2,2 %
D) gültigen Wahlkreisstimmen	44.185 = 97,8 %
E) ungültigen Landesstimmen	552 = 1,2 %
F) gültigen Landesstimmen	44.646 = 98,8 %

Von den gültigen Wahlkreisstimmen wurden für die einzelnen Wahlkreisbewerber abgegeben:

Name Wahlkreisbewerber/in	Anzahl der Stimmen
1. Bootz, Dirk, Kasel (SPD)	13.139 = 29,7 %
2. Rieger, Lars, Schweich (CDU)	14.845 = 33,6 %
3. Heinz, Andreas, Orenhofen (AFD)	2.494 = 5,6 %
4. Piedmont, Claus, Konz, (FDP)	2.176 = 4,9 %
5. Wirtz, Alfred, Ralingen (GRÜNE)	5.551 = 12,6 %
6. Aggintus, Daniel Klaus, Trier (DIE LINKE)	1.291 = 2,9 %
7. Schenk, Christian, Trier (FREIE WÄHLER)	4.689 = 10,6 %

Damit ist der Bewerber der Christlich Demokratischen Partei (CDU), Herr Lars Rieger, Bankkaufmann, geb. 1978 in Dresden, wohnhaft in Schweich, als Wahlkreisabgeordneter für den Wahlkreis 24 – Trier/Schweich – gewählt.

Von den gültigen Landesstimmen wurden für die einzelnen Landes- und Bezirkslisten abgegeben:

Partei	Anzahl der Stimmen
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	17.819 = 39,9 %
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	11.960 = 26,8 %
3. Alternative für Deutschland (AfD)	2.606 = 5,8 %
4. Freie Demokratische Partei (FDP)	1.978 = 4,4 %
5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	3.625 = 8,1 %
6. DIE LINKE (DIE LINKE)	1.042 = 2,3 %
7. FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz (FREIE WÄHLER)	3.513 = 7,9 %
8. Piratenpartei Deutschlands (PIRATEN)	202 = 0,5 %
9. Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	290 = 0,6 %
10. Klimaliste RLP e. V.	162 = 0,4 %
11. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)	435 = 1,0 %
12. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)	653 = 1,5 %
13. Volt Deutschland (Volt)	361 = 0,8 %

54290 Trier, den 18.03.2021
Die Kreiswahlleiterin des Wahlkreises 24 –Trier/Schweich – Simone Thiel, 1. Beigeordnete

Allgemeinverfügung der Stadtverwaltung Trier zur Anordnung von notwendigen, weiteren Schutzmaßnahmen aufgrund des vermehrten Auftommens von SARS-CoV-2-Infektionen in Trier vom 26.03.2021
Die Stadtverwaltung Trier erlässt gemäß § 28 Absatz 1 Satz 1 i.V.m. § 28a Absätze 1, 2, 3 und 6 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 4a des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3136) geändert worden, ist in Verbindung mit § 2 der Landesverordnung zur Durchführung des Infektionsschutzgesetzes (IfSGDV) vom 10.03.2010 (GVBl. 2010, 55), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 15.10.2012 (GVBl Seite 341) i.V.m. § 23 der Achtzehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (18. CoBelVO) vom 20. März 2021 in der aktuell gültigen Fassung, folgende

- Allgemeinverfügung**
- Die Ziffer 11 der Allgemeinverfügung der Stadt Trier vom 19.03.2021 wird wie folgt geändert:
Die Angabe „28.03.2021“ wird durch die Angabe „11.04.2021“ ersetzt.
 - Diese Allgemeinverfügung und ihre Begründung können bei der Stadtverwaltung Trier, Ordnungsamt, Wasserweg 7-9 während der üblichen Geschäftszeiten nach vorheriger Terminabsprache unter 0651/718-4321 eingesehen werden.
 - Die Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekannt gegeben (§ 1 Absatz 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz – LVwVfG – in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG) und tritt am 29.03.2021 um 0:00 Uhr in Kraft.

Hinweis:
Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar nach § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 Infektionsschutzgesetz (IfSG). Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung.

Rechtsbehelfsbelehrung
Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadtverwaltung Trier einzulegen. Der Widerspruch kann

- schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung Trier, Am Augustinerhof, 54290 Trier oder an Postfach 3470, 54224 Trier
- durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur nach Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nummer 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73) an: „stv-trier@poststelle.rlp.de“
- durch DE-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach § 5 Absatz 5 des DE-Mail-Gesetzes an: „rathaus@trier.de-mail.de“

erhoben werden.
Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter folgender Adresse aufgeführt sind:
<https://www.trier.de/impressum/elektronische-kommunikation/>.

Stadtverwaltung Trier
als zuständige Kreisordnungsbehörde
Elvira Garbes, Bürgermeisterin

Bekanntmachung

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Mosel
Abteilung Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung
Vereinfachtes Flurbereinungsverfahren Untere Ruwer
Az.: 71085-HA10.3

54295 Trier, den 22.03.2021
Tessenowstraße 6
Telefon: 0651-97760
Telefax: 0651-9776330
Internet: www.dlr.rlp.de

Öffentliche Bekanntmachung
Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“
In dem Vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Untere Ruwer wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine 2. Aktion „Mehr Grün durch Flurbereinigung“ durchgeführt. Alle Teilnehmer des Bodenordnungsverfahrens können an dieser Aktion teilnehmen. Im Rahmen dieser Aktion werden auf Antrag regionaltypische Pflanzen speziell zur Pflanzung in Weinbergen und Pflanzmaterial (Baumpfähle, Bindematerial, Verbissschutz) sowie Lebensraumhilfen, z.B. Insektenhotels von der Teilnehmergemeinschaft kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Verwendung der Ge-

Rathaus Zeitung

Herausgeber: STADT TRIER, Amt für Presse und Kommunikation, Rathaus, Am Augustinerhof, 54290 Trier, Postfach 3470, 54224 Trier, Telefon: 0651/718-1136, Telefax: 0651/718-1138 Internet: www.trier.de, E-Mail: rathauszeitung@trier.de.
Verantwortlich: Michael Schmitz (mic/Leitender Redakteur), Ernst Mettlich (em/Stellv. Amtsleiter), Petra Lohse (pe), Björn Gutheil (gut) sowie Ralph Kießling (kig) und Britta Bauchhenß (bau/Online-Redaktion).
Druck, Vertrieb und Anzeigen: LINUS WITTICH Medien KG, Europaallee 2, 54343 Föhren, Telefon: 06502/9147-0, Telefax: 06502/9147-250, Anzeigenannahme: 06502/9147-222. Postbezugspreis: vierteljährlich 27,37 Euro. Bestellungen, Adressenänderungen und Nachsendungen nur über den Verlag. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Verantwortlich für den Anzeigentel: Dietmar Kaupp.
Erscheinungsweise: in der Regel wöchentlich oder bei Bedarf. Kostenlose Verteilung an alle erreichbaren Trierer Haushalte. Die aktuelle Ausgabe liegt außerdem im Bürgeramt, Rathaus-Eingang, der Stadtbibliothek, Weberbach, der Kfz-Zulassung, Thyrsusstraße, und im Theaterfoyer, Augustinerhof, aus. **Auflage:** 57 500 Exemplare.

hölze und Materialien darf nur auf Grundstücken innerhalb des Verfahrensgebietes erfolgen. Die Anträge für die Pflanzen- und Materialbestellung sowie Informationsbroschüren über den Ablauf der Aktion, Sortenbeschreibungen, Pflanzanleitungen etc. erhalten Sie nach telefonischer Anfrage beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Mosel, Dienstsitz Trier, Tel: 0651/9776-230 bzw. 0651/9776-226 auf dem Postweg.
Antragsformulare finden Sie auch im Internet unter <http://www.dlr-mosel.rlp.de> (rechts unter „Direkt zu“: Bodenordnungsverfahren -> Untere Ruwer -> 4. Bekanntmachungen).
Die Bestellungen können bis zum 10. Mai 2021 beim DLR Mosel, Dienstsitz Trier, Tessenowstr. 6, 54295 Trier eingereicht werden.
Die Ausgabe der Pflanzen ist für November 2021 vorgesehen.
Weitere Auskünfte erhalten Sie auf telefonische Anfrage beim DLR Mosel bei:
Herrn Martin Bitdinger, Tel.: 0651/9776-226 oder
Herrn Günter Romeike, Tel.: 0651/9776-230.
Im Auftrag

Gez. Simon Liefgen

TRIER Ausschreibung

Offenes Verfahren nach VgV: Vergabenummer 1EU/21: Vergabe der Arbeitsmedizinischen Betreuung sowie Untersuchungen gem. § 3 Abs. 4 TVöD der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Trier
Die Vergabe der Dienstleistung erfolgt nach VgV. Die Auftragsbekanntmachung ist unter der Nummer 2021/S 055-137933 im EU-Amtsblatt S55 vom 19.03.2021 veröffentlicht. Weitere Informationen zum Verfahren sind der EU-Veröffentlichung zu entnehmen.

Hinweis: Die Einreichung der Angebotsunterlagen für die Vergabenummer 1EU/21 sind nur elektronisch über <https://portal.deutsche-evergabe.de> möglich. Schriftlich eingereichte Angebote sind nicht zugelassen.

Die vollständigen Bekanntmachungstexte finden Sie unter www.trier.de/ausschreibungen. Dieser Text ist auch maßgeblich für eventuelle Nachweise und Erklärungen (bei Verfahren oberhalb des Schwellenwertes ist der EU-Text maßgeblich). Weitere Informationen zum Verfahren sowie die Vergabeunterlagen erhalten Sie über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe unter www.deutsche-evergabe.de.

Die Angebotseröffnung findet in der Zentralen Vergabestelle der Stadt Trier im Amt für Bauen, Umwelt, Denkmalpflege, Verw. Geb. VI, Zimmer 6 statt.

Technische Rückfragen sollten in jedem Fall schriftlich über das E-Vergabesystem gestellt werden. Für weitergehende Auskünfte steht die Vergabestelle unter 0651/718-4601, -4602 und -4603 oder vergabestelle@trier.de zur Verfügung.

Trier, 24.03.2021
Stadtverwaltung Trier
Diese Ausschreibung finden Sie auch im Internet unter www.trier.de/ausschreibungen



Offenes Verfahren nach SektVO - Kurzfassung
Vergabenummer: E22356911 - P21_005_001
Maßnahme: **Lieferung von Lagermaterial für die Gas- und Wasserversorgung**
Auftraggeber: SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290 Trier, Tel. 0651/717-1542
Lieferzeitraum: 01. Juni 2021 - 31. Mai 2022
Angebotseröffnung: 04. Mai 2021, 10:00 Uhr
Datum der Absendung der Bekanntmachung an das EU-Amtsblatt: 22.03.2021

Offenes Verfahren nach VOB - Kurzfassung
Vergabenummer: E79412858 - P21_001_24
Maßnahme: **Aufzug- und Förderanlagen – Gebäude B2.2 und C1 – Energie- und Technikpark Trier**
Auftraggeber: SWT - AöR, Ostallee 7-13, 54290 Trier
Ausführungsfrist: Mai bis Oktober 2021
Angebotseröffnung: 27.04.2021, 10:30 Uhr
Datum der Absendung der Bekanntmachung an das EU-Amtsblatt: 22.03.2021
Die vollständigen Bekanntmachungstexte erscheinen auf unserer Homepage: www.swt.de/ausschreibungen

SWT – AöR
Vorstand: Arndt Müller, Steffen Maiwald

Die gemäß § 35 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz erforderlichen Bekanntgaben der in nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates oder der Ausschüsse gefassten Beschlüsse sind im Abschluss an die jeweiligen Sitzungen (als Anlage) im Internet unter <https://info.trier.de/bi/einsehbar>.

Ende des amtlichen Bekanntmachungsteils

Experimenteller Workshop

Das Triki-Büro bietet am Mittwoch, 31. März, 10 bis 11.30 Uhr, und 7. April, 15 bis 16.30 Uhr, einen digitalen Workshop unter dem Motto „Experimentieren mit Haushalts- und Bastelgegenständen“ an. Dabei ist auch ein Austausch mit anderen Teilnehmenden möglich. Anmeldung ist erforderlich per E-Mail an: mail@triki.de. red

Solidarkarte verlängert und Angebot erweitert

Corona-Lockdown erfordert zusätzliche Erprobung

Im Juni 2020 ging die Solidarkarte Trier an den Start. Sie soll Menschen mit sehr geringen Einkommen ermöglichen, an Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport teilzuhaben. Nach knapp einjähriger Laufzeit sollte dieses Frühjahr geprüft werden, wie sie angenommen wird und ob das Konzept funktioniert. Doch für den Einsatz der Solidarkarte war 2020 kaum Gelegenheit: Lockdown im Frühjahr und dann wieder ab Dezember, dazwischen schwierige Bedingungen mit vielen Einschränkungen im öffentlichen Leben. Für eine realistische Einschätzung der Nutzung fehlt somit die Datengrundlage.

Deshalb hat sich Sozialdezernentin Elvira Garbes im Einvernehmen mit den Stadtratsfraktionen dafür eingesetzt, die Probelaufzeit der Solidarkarte Trier um ein Jahr zu verlängern. Sie gilt nun bis 31. März 2022. Personen, die weiterhin einen Anspruch haben, erhalten in den nächsten Wochen automatisch eine neue Karte.

Alle anderen Anspruchsberechtigten erhalten wie gehabt eine Karte bei der Feststellung, dass sie dieses Angebot nutzen können.

Museum am Dom mit dabei

Bürgermeisterin Garbes dankt den Partnern der Solidarkarte, dass sie ihre freiwilligen Angebote weiter zur Verfügung stellen: „Das ist ein großartiges Zeichen der Trierer Solidarität, denn Kino, Sportvereine, Museen oder Schwimmbäder haben im Moment selbst eine schwere Zeit. Es ist schön zu sehen, dass die Hilfsbereitschaft und das Mitgefühl der Menschen auch in dieser anstrengenden und nicht vorhersehbaren Zeit Bestand haben.“ Bei der Solidarkarte sind neue Partner hinzugekommen: So gewährt das Museum am Dom künftig 200 kostenfreie Eintritte im Jahr. Wer wissen möchte, wer welche Angebote zur Verfügung stellt, wird unter www.trier.de/solidarkarte fündig. red

ADD warnt vor Spendenaufrufen

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdi- rektion hat als landesweite Spenden- aufsicht 2017 dem Verein Hilfe für krebskranke Kinder e.V. aus Bielefeld Spendensammlungen sowie öffentli- che Spendenaufufe in Rheinland- Pfalz untersagt. Nachdem es nun Hin- weise gibt, dass diese Auflagen nicht überall in der Region Trier eingehalten werden könnten, bittet die ADD um einen Hinweis, falls sich dieser Ver- dacht bestätigen sollte. Das Samm- lungsverbot umfasst auch den Stopp von Förderbeiträgen, die wiederkeh- rend von Spenderkonten abgebucht werden, sowie Werbetelefonate. red

BLITZER AKTUELL

In folgenden Straßen muss in den nächsten Tagen mit Kontrollen der kommunalen Geschwindigkeits- überwachung gerechnet werden:

- **Mittwoch, 31. März:**
Trier-Süd, Südallee.
- **Donnerstag, 1. April:**
Trier-Mitte/Gartenfeld,
Bergstraße.
- **Freitag, 2. April:**
Trier-Süd, Südallee.
- **Samstag, 3. April:**
Trier-Mitte/Gartenfeld,
Walramsneustraße
- **Sonntag, 4. April:**
Trier-Süd, St.-Barbara-Ufer.
- **Montag, 5. April:**
Pfalzel, Mäusheckerweg.
- **Dienstag, 6. April:**
Tarforst, Kohlenstraße.

Kontrollen sind nach Angaben des städtischen Ordnungsamts darü- ber hinaus auch an anderen Stel- len möglich. red

Grünschnitt flexibel abholen lassen

A.R.T. bietet Online-Terminbuchung an / Gartenabfälle bis 6 Uhr morgen bereitstellen

Jedes Jahr fallen im Garten große Mengen von Grünschnitt an. Vom Heckenschnitt im Frühjahr über den Rasenschnitt im Sommer bis zum Laub im Herbst. Pünktlich zum Start in die Gartensaison bietet der A.R.T. die Buchung von Abholterminen nun flexibel online an.

A.R.T.

Wer einen persön- lichen Abholtermin buchen möchte, kann direkt auf www.art-trier.de/terminbuchung die nächsten freien Termine einsehen und den gewünschten verbindlich auswählen. Auch in der App steht diese Funktion unter „Service/Abfall anmelden“ zur Verfügung. Eine Bestätigung durch die Mitarbei- ter im Servicecenter ist nicht mehr notwendig, sondern kommt automa- tisch per E-Mail. Die kostenlose Anlie- ferung an den Grüngutsammelstellen ist weiterhin möglich.

Richtige Bereitstellung

Die Gartenabfälle müssen am Abfuhr- tag bis 6 Uhr morgens, dürfen aber frühestens am Vorabend ab 18 Uhr am Straßenrand bereitgestellt wer- den. Pro Termin sind maximal drei Kubikmeter erlaubt. Dazu sollten möglichst stabile und leichte Behälter oder Papiersäcke genutzt werden. Mit Gartenabfällen gefüllte Gelbe Sä- cke werden nicht geleert. Um den Mitarbeitern ein problemloses Verla- den zu ermöglichen, dürfen die Behälter das Maximalgewicht von 20 Kilogramm pro Stück nicht über- schreiten. Äste bis zu einer Länge von



Abholung. Zwei Mitarbeiter des Abfallzweckverbands verladen Grünschnitt, der von Kunden am Straßenrand bereit- gestellt wurde, in ihr Fahrzeug ein. Archivfoto: A.R.T.

einem Meter und einem Durchmes- ser von fünf Zentimeter können verla- den werden, müssen jedoch mit ver- rottbarem Material (Hanfseil, Weiden oder ähnliche Materialien) gebündelt sein. Nach der Abholung müssen Bür- gersteig und Straße gereinigt und eventuelle Reste entfernt werden.

Die Betreiber der Grüngutsammel- stellen nutzen einen Großteil der an- gelieferten Gartenabfälle als Boden-

verbesserer auf ihren Feldern. Aus dem übrigen Grüngut stellt der A.R.T. hochwertigen Kompost her. Durch die natürliche Rotte des Materials entste- hen Temperaturen von bis zu 65 Grad. Sie wirken dem Samen von uner- wünschten Begleitkräutern und Krankheitskeimen entgegen. Der Rot- teprozess dauert sechs bis acht Wo- chen. Haben die Mikroorganismen ihre Arbeit erledigt, wird der Kompost

in unabhängigen Laboren auf Fremd- stoffe und den Nährstoffgehalt unter- sucht. Der Mertesdorfer Kompost ist mit dem RAL-Gütesiegel „Kompost“ ausgezeichnet. Er kann an allen A.R.T.- Standorten als Sackware für fünf Euro pro 40-Liter-Sack erworben werden. Im Entsorgungs- und Verwertungs- zentrum (EVZ) Mertesdorf ist der Kompost zusätzlich als lose Ware für sechs Euro pro Tonne erhältlich. red